

Volks-Zeitung

Die erste angebliche Zusage.

Änderung der Bestimmungen über das Saarbecken.

Paris, 25. Mai.

Die Pariser Morgenblätter bestätigen die Meldungen der gestrigen englischen Blätter aus Paris, denen zufolge der Viererrat einzelne Punkte der Stipulation über das Saarbecken modifiziert habe. Wie „Journal“ wissen will, hat der Viererrat die Forderung fallen lassen, daß Deutschland den Rückkauf des Saarbeckens in Gold bezahle, falls das nach 15 Jahren stattfindende Plebiszit zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Die neue Fassung sieht vor, daß Deutschland sein Rückkaufsrecht nicht durch Zahlung in Metallgold, sondern auch durch andere Bürgschaften geltend machen kann. Der Viererrat machte diese Konzession besonders im Hinblick auf den Umstand, daß das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung des Saarbeckens verletzt worden wäre, falls sie sich im Plebiszit für Deutschland entschieden haben würde, aber Deutschland den Rückkauf in Gold nicht hätte vornehmen können und das Saarbecken in diesem Falle nach sechs Monaten ohne weiteres Frankreich zugesallen wäre, wie dies in der ursprünglichen Fassung festgesetzt war. „Petit Journal“ gibt zu, daß dies die erste Konzession sei, welche die Entente mache.

„Echo de Paris“ meint, daß viele Antworten Clemenceaus an Graf Brockdorff-Ransau Wilsons Stempel trügen; Lloyd George sei zeitweilig zu einzelnen hiesigen Formeln und Zugeständnissen in Einzelheiten bereit gewesen, welche seiner Ansicht nach Deutschland zur Unterzeichnung des Vertrages hätten veranlassen können, sei jedoch mit seinen Vorschlägen nicht durchgekommen.

Um Deutsch-Oesterreichs Schicksal.

Übergabe der Bedingungen angeblich am Mittwoch.

Paris, 25. Mai.

Der Viererrat prüfte die militärischen Vorschriften, die in den Friedensvertrag mit Oesterreich aufgenommen werden sollen, sowie die Frage der oesterreichischen Kriegsgefangenen. In der türkischen und adriatischen Frage sind keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen. Der Rat der 5 Minister des Auswärtigen beschäftigte sich mit der Lage der baltischen Provinzen und der Fälligkeit der Deutschen in Oberschlesien, mit der Zurückhaltung der von den Deutschen aus dem belgischen Ministerium des Auswärtigen wegenommenen Archive und anderen Fragen. Die oesterreichischen Vertreter werden am Mittwoch zusammenberufen werden und acht Tage zur Beantwortung der Bedingungen Zeit haben.

Paris, 25. Mai. (Z. U.)

Heute morgen ist der Viererrat zur Prüfung der Vollmachten der oesterreichischen Friedensdelegationen zusammengetreten.

Staatskanzler Renner, der Führer der oesterreichischen Delegation, hat übrigens am 24. Mai in einer Note an Clemenceau um Beschleunigung der Fertigstellung des Friedensvertrages ersucht. Wie aus dem Schreiben hervorgeht, bestehen auch die oesterreichischen Delegierten auf Verhandlungen.

Die Adriafrage.

Lugano, 25. Mai.

Aus Informationen der italienischen Presse geht hervor, daß die italienische Regierung in der Adriafrage vollständig fest steht. Sie willigt nicht nur ein, daß Trieste eine Freistadt wird, sondern läßt auch in ihr, auf dem Londoner Vertrag begründeten Ansprüche in Betracht fallen.

Gegen die polnische Offensive.

Basel, 25. Mai. (Z. U.)

England und Amerika legten gegen die polnische Offensive Protest ein.

Protest der Internationale.

Eintägiger Generalkongress in allen Ländern.

Basel, 25. Mai. (Z. U.)

In einer sozialistischen Kundgebung in Mailand kündigte Terrati vom „Avanti“ einen 24 stündigen gemeinsamen Generalkongress der Sozialisten aller Länder an als Protest gegen die gegenwärtigen Friedensbedingungen.

Einpruch gegen die Pfälzer Treibereien.

Dringender Protest in Spa.

Berlin, 25. Mai. (W. Z. B.)

In Ergänzung des bereits gemeldeten Protestes vom 23. Mai gegen die beabsichtigte Proklamierung einer neutralen Republik Pfalz hat Reichsminister Erzberger heute ein Telegramm an General v. Hammerstein in Spa gerichtet mit dem Auftrag, es unter allen Umständen noch im Laufe des Tages durch einen besonderen Boten dem General Nudant zuzustellen. In dem Telegramm werden die unerhörten Maßnahmen der französischen Besatzung noch einmal dargelegt und die Gewaltmaßnahmen als flagranten Verletzung des Selbstbestimmungsrechts gebrandmarkt. In diesem Zusammenhang wird die Rückgängigmachung der Vergewaltigungsmaßnahmen und die Abberufung des Oberbefehlshabers verlangt.

Der Schaden in Nordfrankreich. Aus Paris meldet die Z. U.: Die Regierung hat in der Kammer eine Mitteilung über die

Sachschäden gemacht. Danach sind 510 000 Häuser wieder herzustellen, außerdem 500 000 gänzlich neu aufzurichten. Nach dieser Ziffer sei die Deutschland auferlegte Entschädigungssumme als außerordentlich niedrig bemessen anzusehen.

Oberschlesien wird sich niemals fügen.

Was ein unbefangener Zeuge sagt.

Amsterdam, 25. Mai.

Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ meldet seinem Blatte, er habe auf einer Reise durch Oberschlesien vollständige Einigkeit zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern und den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vorgefunden. Sie protestieren alle dagegen, von einem Staate, in dem ihre Zukunft gesichert sei, an einen Staat übertragen zu werden, in dem die Lebensverhältnisse rückständig und unsicher seien. Der Korrespondent meldet ferner, daß der Geist des Widerstandes gegen die Friedensbedingungen der Verbändmächte von Tag zu Tag wachse. Selbst wenn die Berliner Regierung den Frieden unterzeichne, was sehr zu bezweifeln sei, so werde Schlesien sich niemals fügen.

Der Ententestieg — eine Niederlage.

Amsterdam, 25. Mai.

„Labour Reader“ schreibt, kein Volk würde einen solchen Vertrag annehmen können als in der Absicht, ihn nur bis zu dem Tage einzuhalten, wo es ihn gewaltsam vernichten könne. Wenn diese Bedingungen tatsächlich durchgeführt würden, so könnten sie nur durch militärische und wirtschaftliche Gewalt gehandhabt werden. Die Zukunft werde beweisen, daß die Alliierten ihren militärischen Sieg durch die Friedensbedingungen, die sie auferlegten, zu einer verhängnisvollen Niederlage gemacht haben.

Eine hannoversche Kundgebung.

„Frei im freien Deutschland“.

Hannover, 25. Mai.

Die deutsch-hannoversche Partei benutzte ihre heute hier abgehaltene Landesversammlung zu einer groß angelegten Kundgebung für die Befreiung Hannovers. Die Veranstaltungen verliefen, abgesehen von einer kleinen Sagedemonstration seitens der Spartakisten, die mittags bei einer Kundgebung gegen den Gewaltfrieden versagt wurde, ohne Störung. In der anschließenden Versammlung in der Stadthalle wurde zunächst eine Entschließung gegen den Gewaltfrieden angenommen. Eine zweite Entschließung betont den hannoverschen Standpunkt und ruft unter starkem Protest gegen die Unterstellung in der preussischen Landesversammlung, daß die Partei das Deutsche Reich gerümpeln wolle, das hannoversche Volk zum Kampfe auf für ein freies Hannover im freien Deutschland.

Für die Untrennbarkeit der Nordmark.

Riel, 25. Mai.

In allen früheren Städten Schleswig-Holsteins fanden heute gewaltige Demonstrationen der deutschen Bevölkerung gegen den Gewaltfrieden und für die Untrennbarkeit der Provinz statt. In Riel selbst nahmen über 40 000 Personen an der Kundgebung teil.

Die „nachgeordnete Stelle“.

Die Entschuldigung der Erappten.

Wir hatten in diesen Tagen ein Rundschreiben der Deutschnationalen Volkspartei, das sich über deren Funktionäre bestimmte war, angehängt. Da es nicht oft genug gebrandmarkt werden kann, sollen die beiden Hauptfälle noch einmal hier stehen:

Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen hat niederschmetternd auf alle Deutschen gewirkt. Diese Situation muß von uns unbedingt agitatorisch ausgenutzt werden.

Für die Deutschnationalen war diese Veröffentlichung selbstverständlich ein Schlag ins Kontor (wie der Berliner sagt). Jetzt sieht man die „Deutsche Tageszeitung“ mit einem ebenso langen wie hilflosen Entschuldigungsbettel vor, in dem die Schuld auf eine „nachgeordnete Stelle“ zuwälzen versucht wird, von der man sagt, daß sie weder geschickt noch sachgemäß gehandelt habe. Die Deutschnationalen hätten diese Mühe sparen sollen. Denn das, was die „nachgeordnete Stelle“ verraten hat, ist dem Volke schon längst bekannt. Die Herren haben schon zu oft die durch ihre grandiose Hilfe geschaffene Notlage des Volkes benutzt, um das Parteivortrad wieder flott zu machen. Wie sagten sie doch im Kriege? „Wenn wir in Preußen das gleiche Wahlrecht bekommen, haben wir den Krieg verloren.“ Ob im Glück oder Unglück — die Reaktionsäre haben ihr persönliches Wohl immer über das des Volkes gestellt. Und diese Wahrheit wird selbst die „Deutsche Tageszeitung“ nicht umzulügen verstehen.

Ruhe in Bulgarien? W. Z. B. meldet: Die von der Tagespresse verzeichneten Gerüchte über innere Wirren in Bulgarien geben der königlichen bulgarischen Gesandtschaft in Berlin Anlaß, mitzuteilen, daß ihren Nachrichten jüngsten Datums zufolge im Königreiche vollkommene Ruhe und Ordnung herrschen.

Die Scimitalkosen. Laut „Matin“ wurde der russische Großfürst Boris aufgefordert, Frankreich zu verlassen. Er wandte sich nach Italien.

Die Ententekaktion gegen Rußland. Reuters meldet: Der zweite Teil der Hilfsstruppen für Nordrussland wird in den Tagen vom 27. bis 31. Mai in See gehen.

Ein Skandal!

Neues Redeverbot für Hauptmann v. Beerfelde.

Gestern, Sonntag, wollte der bekannte Hauptmann v. Beerfelde in der Philharmonie auf Veranlassung einer Konzertdirektion einen Vortrag über das Thema „In Deutschlands Schicksalsstunde“ halten. Dieser Vortrag ist wiederum vom Polizeipräsidenten verboten worden. Uebermal haben sich bei diesem Verbot und seiner Durchführung Vorgänge ereignet, die so unglaublich und skandalös sind, daß man kaum noch weiß, was man dazu sagen soll. Obendrein wird durch eine Lokalcorrespondenz eine Darstellung gegeben, die alle Tatsachen auf den Kopf stellt. Da wir selbst Gelegenheit hatten, den Vorgängen beizuwohnen, so ist eine kurze, wahrheitsgemäße Schilderung unsere publizistische Pflicht. Bereits 20 Minuten vor 11 Uhr war die Ecke Köthener und Bernburger Straße abgesperrt und die Versammlung für aufgehoben erklärt. 10 Minuten vor 11 Uhr erschien ein mit Bewaffneten besetztes Lastauto, das naturgemäß mit Protestrufen empfangen wurde, aber die Menge beschränkte sich auf die einfache Kundgabe ihres Protestes und verhielt sich im übrigen ruhig. Als um 11 Uhr Herr v. Beerfelde die Philharmonie verließ, wurde er mit Hochrufen begrüßt. Die Truppen auf dem Auto machten darauf ein Maschinengewehr schußbereit, was selbstverständlich allgemeine Entrüstung erregte. Wenn die Lokalcorrespondenz in ihrem Bericht sagt, daß das versammelte Publikum zum Teil aus kommunistischen Arbeitern bestanden habe, so spricht dagegen schon die Tatsache, daß für den Vortrag Karten zu den üblichen hohen Preisen verkauft worden waren. Tatsächlich bestand das Publikum größtenteils aus Bürgerkreisen, die Beerfelde einmal hören wollten. Das Vorgehen der Regierungstruppen fand unterschiedslose Verurteilung, die sich zur Empörung steigerte, als ein junger Offizier auf dem Auto Revolvergeschosse abfeuerte. Nur aus nächster Nähe war zu bemerken, daß die Schüsse in die Luft abgegeben wurden. In einem großen Zuge begleitete die Menge Herrn v. Beerfelde nach dem Potsdamer Platz, wobei Rufe gegen die Kosketruppen und Hochrufe auf den Friedenskämpfer Beerfelde ausgebracht wurden. Auf dem Leipziger Platz bestieg Hauptmann v. Beerfelde eine Droschke, und allmählich löste sich der Zug auf.

Soweit der Hergang. Wenn es wahr ist, wie die erwähnte Lokalcorrespondenz sagt, daß der Vortrag verboten worden sei, um nicht, wie in Schöneberg, neue Störungen der öffentlichen Ordnung entstehen zu lassen, so würde die Behörde also auch heute noch nicht wissen, daß für die Schöneberger Vorgänge in erster Linie sie selber die Schuld trifft, die den Vortrag nicht einmal in geschlossener Mitliederversammlung gestattet und dadurch allgemeine Erbitterung hervorrief. Aber das kann ihr ja nicht verborgen geblieben sein. So viel weiß Herr Eugen Ernst, der Berliner Polizeipräsident, doch noch aus seiner besseren Zeit über die Wechselbeziehungen von Ursache und Wirkung eines Versammlungsverbotes. Nein, es ist etwas anderes: die Regierung verfolgt den Hauptmann v. Beerfelde mit derselben Hartnäckigkeit, mit der ihm der Major Nicolai und andere Machthaber des alten Regimes nachstellten. Der Mann ist ihr un bequem, und sie glaubt un bequeme Anschauungen einfach mundtot machen zu können! Dabei weiß sie offenbar nicht, daß Hauptmann v. Beerfelde neuerdings sich dem „inneren Pazifismus“ zugewandt hat. Noch am Sonntag morgen ließ er im „Berliner Tageblatt“ ankündigen, daß er „angesichts der augenblicklichen schwierigen politischen Lage ein Wort der Verständigung innerhalb des deutschen Volkes reden“ werde. Schon seit Tagen läßt er ein Flugblatt verbreiten, das wir bereits zitierten. Darin sagt er seinen eigenen Genossen: „Stellt Euch unter die Macht der Menschenliebe, seht den Brüdern tief ins leuchtende Auge, dann wird Euch das Herz ausgehen, und Ihr werdet allmählich in allen Menschen trotz augenblicklicher noch schärfter Widersprüche Güte erblicken, erkennen lernen, die, wie uns, nur ihr Egoismus hindert, ein gemeinsames besseres Leben aufzubauen.“ In diesem Tone ist das Ganze gehalten; eine innerliche, reine und leidenschaftliche Abgabe an jede Gewaltpolitik durchglüht den Mann, der im Kriege Pazifist nach außen, in der Revolution Sozialist und jetzt Pazifist nach innen ward. Wir teilen gewiß nicht in allen Punkten seine Auffassungen, die er sonst kundgegeben hat, sein jetziger Kampf für den inneren Frieden ist aber eine Sache, in der alle zusammenstehen sollten, die sich einen Rest Feindesliebe und Liebe zum eigenen Volke bewahrt haben. Mit welchem Recht fällt ihm denn die Regierung bei diesem Kampfe in den Arm? Diese fortgesetzte Unterdrückung der Meinungsfreiheit ist zudem ein Skandal, der nicht ohne ungeheuren Schaden für die deutsche Republik auch nur einen Tag noch andauern darf. Wir verlangen, daß sich endlich das Reichsministerium um die Sache kümmert. Bei ihm ruht die Verantwortung, aber zu des Volkes Lasten gehen die Schäden, die aus ihrer Lässigkeit oder Geschäftigkeit erwachsen.

Das Tilsiter Munitionsdepot explodiert.

Ein angebliches Attentat.

Tilsit, 25. Mai.

Heute, Sonntag morgens 10 Uhr explodierte das an der Bahnhofsstraße liegende Munitionsdepot. Stundelang dauerte das schwere Krachen der Artilleriegeschosse, der Granatgranaten und der Infanteriemunition. Man nimmt an, daß es sich um ein Attentat handelt. Einige Personen wurden durch herumfliegende Granat splitter verwundet. Um 10 Uhr war von dem Feuer ein hundert Meter langer Schuppen zerstört. Dort lagerte schwere Artilleriemunition. Die explodierten in Geschosse verbierten jede Annäherung an das Munitionsdepot. Weitere Einzelheiten liegen zur Stunde noch nicht vor.